

## A1 Grün denken, vor Ort handeln.

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 29.08.2023  
Tagesordnungspunkt: 6. Kommunalwahlprogramm

### Antragstext

#### 1 Einleitung

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen wird Politik konkret gestaltet und erlebt. Hier begegnen uns die Herausforderungen ganz handfest, hier laufen Probleme auf und werden gelöst.

Im Angesicht des demografischen Wandels und den sich verändernden klimatischen Bedingungen sieht sich Sachsen-Anhalt vor Herausforderungen, die nur durch eine vorausschauende und ganzheitliche Kommunalpolitik bewältigt werden können. Dafür treten wir Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt zur Kommunalwahl 2024 an.

Mit diesem Rahmenprogramm zur Kommunalwahl legen wir einen umfassenden Plan vor, wie wir lebenswerte Städte und gesunde Gemeinden schaffen, die den Menschen in all ihren Lebensbereichen gerecht werden. Von der Bewältigung des demografischen Wandels über den Ausbau Erneuerbarer Energien bis hin zur Schaffung nachhaltiger Verkehrslösungen – unsere Vision ist es, Kommunen zu schaffen, die resistent gegen die klimatischen Veränderungen sind und gleichzeitig sozial gerecht, vielfältig und inklusiv sind. In ländlichen Räumen von Sachsen-Anhalt wird ein spürbarer Rückgang der Einwohner\*innenzahl bis 2035 erwartet. Dies hat Auswirkungen auf Bildung, Infrastruktur, soziale Dienste und Gemeinschaften. In diesem Programm werden gezielte Maßnahmen vorgestellt, um die ländlichen Räume zu beleben, junge Familien zu fördern, Fachkräfte anzuziehen und die Vielfalt der Gemeinschaften zu bewahren.

Gleichzeitig wird die Bedeutung des Klimaschutzes hervorgehoben, da zunehmende Hitze, Dürre und Starkregenereignisse schon jetzt real sind und eine zu lösende Herausforderung für unsere Gesellschaft sind. Die Förderung erneuerbarer Energien, klimaresiliente Stadtplanung und Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltverschmutzung sind zentrale Elemente unseres Plans. Dabei ist Wohnen ein grundlegendes Bedürfnis jedes Menschen. Dieses Programm setzt sich für sozialen Wohnungsbau ein, der ökologisch ausgerichtet ist und den Bedürfnissen der Menschen jeden Alters gerecht wird. Dabei werden alternative Wohnformen unterstützt, um eine vielfältige und nachhaltige Wohnlandschaft zu schaffen. Kommunale Bildungslandschaften zu erhalten und stärken ist in Zeiten einer fatalen Bildungspolitik auf Landesebene eine Herausforderung. Ungeachtet dessen sind für uns Bündnisgrüne moderne, sanierte und möglichst wohnortnahe Bildungseinrichtungen der Garant für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.

Unser Programm strebt nach transparenten kommunalen Finanzen, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Wir sehen die hohe Bedeutung des sozialen Zusammenhalts und setzen uns für eine vielfältige Kulturpolitik ein, die Menschen zur aktiven Mitgestaltung ermutigt. Die kommenden Jahre bieten die Möglichkeit, eine positive Veränderung auf kommunaler Ebene herbeizuführen. Dieses Programm ist eine Blaupause für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und

41 inklusive Kommunalentwicklung in Sachsen-Anhalt. Wir wollen gemeinsam mit allen  
42 Menschen die Weichen für eine lebenswerte und erfolgreiche Zukunft unserer  
43 Städte, Gemeinden und Dörfer stellen.

## 44 2 Kommunalentwicklung

### 45 2.1 Lebenswerte Städte & Kommunen – Lebendige Orte

46 Die ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt sind besonders betroffen vom  
47 demografischen Wandel, das bedeutet die ältere Generation verschwindet und es  
48 sind nicht mehr genügend junge Menschen da. Die 7. Regionalisierte  
49 Bevölkerungsprognose geht in Sachsen-Anhalt von einem Rückgang der Einwohnerzahl  
50 um 13 % bis 2035 aus. Das hat große Auswirkungen auf die verschiedensten  
51 Bereiche.

52 Wir wollen sicherstellen, dass die Investitionen in gute und moderne Schulen und  
53 Kindertagesstätten, auch vielen Kindern zugute kommen, und Fachpersonal  
54 verfügbar ist, um sie zu begleiten und zu lehren. Wir wollen sicherstellen, dass  
55 gute Straßen, Infrastruktur und öffentlicher Nahverkehr erhalten werden, weil  
56 Menschen da sind, die die Angebote nutzen.

57 Wir brauchen Fachkräfte, um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten und wir brauchen  
58 Fachkräfte in den sozialen Bereichen, damit die Fachkräfte in der Wirtschaft  
59 ihre Angehörigen, egal ob jung oder alt, gut und sicher betreut wissen.

60 Wir stehen vor einem tiefgreifenden Wandel, der sich noch verstärken wird - wenn  
61 wir ihm nicht mit politischen Maßnahmen entgegenwirken. Wir wollen das. Deshalb  
62 wollen wir Zuwanderung - aus allen Bundesländern und auch aus dem Ausland. Wir  
63 wollen deshalb innerhalb der Kommunen eine Willkommenskultur fördern und,  
64 gemeinsam mit den Standortentwicklungsgesellschaften mit der proaktiven Kampagne  
65 „10% plus“ über die Grenzen von Sachsen-Anhalt hinaus für Zuwanderung werben.  
66 Wir setzen uns ein für günstige Darlehen für junge Familien, die Bestandshäuser  
67 kaufen und ökologisch sanieren wollen. Damit ein gutes Ankommen möglich ist,  
68 wollen wir Freiwillige Feuerwehren und Vereine besonders fördern, die  
69 Neubürger\*innen aufnehmen und sie in ihrem Ankommen unterstützen. Die  
70 Alternative sind aussterbende Orte.

### 71 2.2 Lebenswerte Städte & Kommunen – Klimaresilienz und 72 Klimaanpassung

73 Alle wissenschaftlichen Studien prognostizieren für Sachsen-Anhalt eine Zunahme  
74 von Hitze- und Dürreperioden und eine Zunahme von lokalen Starkregenereignissen.  
75 Wir setzen uns für präventive Maßnahmen ein, um die Auswirkungen des  
76 Klimawandels abzumildern. Dazu gehören Maßnahmen, die in Städten und Dörfern  
77 Hitze abmildern können wie die Schaffung einer blau-grünen Infrastruktur durch  
78 Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Frei- und Wasserflächen. Der  
79 Schutz vor Starkregen und das Auffangen von Regenwasser durch modernes  
80 Wassermanagement nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ ist dabei der leitende  
81 Gedanke und analog in den ländlichen Räumen "Schwammlandschaft". Dies beinhaltet  
82 insbesondere die Schaffung von Retentionsflächen, naturnahen  
83 Wasserrückhaltebecken und die Renaturierung von Gewässern zur Vorbeugung von

84 Überschwemmungen und zur Unterstützung der Grundwasserneubildung, sowie die  
85 Renaturierung von Gewässern und Auenlandschaften und die Begrünung von  
86 Freiflächen und landwirtschaftlichen Flächen mit Hecken und Bäumen (z.B.  
87 Agroforst), um ihre natürlichen Funktionen zu stärken.

88 Um Oberflächenwasser gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu  
89 schaffen, setzen wir uns für die Schaffung von Rückhaltebecken, die  
90 Renaturierung von Gewässern sowie für die Wiederbelebung von Dorfbrunnen ein.

91 Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gewährleistung einer ausreichenden  
92 Löschwasserversorgung in den Kommunen. Das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehren  
93 in den ländlichen Räumen kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Deshalb ist  
94 es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass ausreichend Löschwasser zur  
95 Verfügung steht. Gerade in ländlichen Räumen kann dies nicht immer über  
96 Hydranten erreicht werden. Zusätzliche Entnahmestellen aus Zisternen, Teichen  
97 oder anderen Behältern sind vielerorts notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass  
98 die Kommunen ihrer Pflichtaufgabe nachkommen und orientieren uns beim Bedarf am  
99 Arbeitsblatt W 405 des Deutschen Gas- und Wasserverbandes (DVGW).

100 Auch die Infrastruktur der Straße muss zukünftig anders gestaltet werden: Dort,  
101 wo es möglich und sinnvoll ist, sollen Tiefbeete oder Rigolen zur Straßen- und  
102 Gehwegentwässerung Hochborde zur Wasserabführung ersetzen.

103 Weil wir in Sachsen-Anhalt ein großes Wasserproblem haben, ist Oberflächenwasser  
104 gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir setzen  
105 uns für die Schaffung von naturnahen Rückhaltebecken und die Renaturierung von  
106 Gewässern ein. Insbesondere unterstützen wir Bestrebungen in der Landwirtschaft,  
107 auf ihren Flächen Wasserrückhaltebecken zur eigenen Nutzung für Bewässerung  
108 schwerpunktmäßig von Obst, Gemüse und Kartoffeln zu schaffen, sofern diese als  
109 naturnahe und nicht versiegelte Gewässer angelegt werden.

110 Die Vermüllung unserer Umwelt, Gewässer bis hin zu den Weltmeeren ist ein  
111 massives Problem. Hier heißt es global denken und lokal handeln. Die Stadt  
112 Tübingen hat mit einer kommunalen Einwegsteuer das Müllproblem massiv reduziert.  
113 Wir wollen diesen erfolgreichen Weg ebenfalls beschreiten.

### 114 2.3 Wohnungsneubau – sozial, familienfreundlich und 115 ökologisch

116 Wir setzen uns im Bereich des Wohnungsbaus für eine soziale und ökologische  
117 Ausrichtung ein. Dabei geht für uns die Erhaltung und Wiederbelebung vorhandener  
118 und insbesondere der denkmalgeschützten Bausubstanz vor Neubau. Zusammen mit dem  
119 Denkmalschutz erarbeiten wir tragfähige Konzepte für die Wiederbelebung  
120 historischer Bausubstanz, insbesondere auch in den ländlichen Räumen. Unser Ziel  
121 ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der den Bedürfnissen der Menschen  
122 gerecht wird und zugleich klima- und umweltfreundlich ist.

123 Wir legen großen Wert auf ökologischen Wohnungsbau. Wir unterstützen den Einsatz  
124 erneuerbarer Energien wie Solarenergie und fördern energetische Sanierungen von  
125 Bestandsgebäuden. Zudem setzen wir uns für den Einsatz umweltfreundlicher  
126 Baumaterialien und eine nachhaltige Bauweise ein, um den ökologischen Fußabdruck  
127 unserer Wohngebäude zu minimieren.

128 Wir setzen uns für eine verbindliche 20%-Quotierung von barrierefreiem Wohnraum  
129 bei Neu- und Sanierungsbaumaßnahmen ein. Der Verkauf und die Vermietung von  
130 barrierefreiem Wohnraum soll über ein freiwilliges Poolsystem für Menschen mit  
131 akutem Bedarf gelenkt werden. Das erleichtert das Auffinden von verfügbaren  
132 barrierefreiem Wohnraum.

133 Wir möchten sicherstellen, dass Wohnungen für alle Menschen zugänglich und  
134 nutzbar sind, unabhängig von ihrer körperlichen Verfassung.

135

136 Wir möchten weiterhin sicherstellen, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Dazu  
137 setzen wir uns für die Bereitstellung von bezahlbaren Mietwohnungen sowie den  
138 Erhalt und die Modernisierung des sozialen Wohnungsbaus ein. Zu diesem Zweck  
139 sprechen wir uns auch für die Instrumente Erbbaurecht und Erbbaupacht aus.

## 140 2.4 Alternative Wohnformen

141 Wir erkennen an, dass die traditionellen Wohnmodelle nicht für jeden Menschen  
142 geeignet sind und dass es eine wachsende Nachfrage nach flexibleren und  
143 gemeinschaftlichen Wohnkonzepten gibt. Deshalb setzen wir uns für die  
144 Unterstützung und Entwicklung von alternativen Wohnformen ein.

145 Gemeinschaftliches Wohnen bietet die Möglichkeit, Wohnraum gemeinsam zu nutzen  
146 und ein aktives Miteinander zu gestalten. Dies umfasst beispielsweise  
147 Mehrgenerationenhäuser, in denen unterschiedliche Altersgruppen unter einem Dach  
148 leben und voneinander profitieren können. Ebenso fördern wir das Zusammenleben  
149 von Menschen mit ähnlichen Interessen oder Lebensstilen, wie beispielsweise  
150 Wohngemeinschaften oder gemeinschaftliche Wohnprojekte (sogenannte  
151 Hausprojekte).

152 Darüber hinaus setzen wir uns für alternative Wohnkonzepte wie Tiny Houses,  
153 Bauwägen und Modulhäuser ein. Diese bieten kostengünstigen und  
154 ressourcenschonenden Wohnraum, der flexibel an verschiedene Bedürfnisse und  
155 Lebenssituationen angepasst werden kann. Durch die Förderung solcher innovativen  
156 Wohnmodelle möchten wir alternative Wohnmöglichkeiten schaffen und legalisieren,  
157 die bezahlbar, nachhaltig und sozial verträglich sind.

158 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Förderung von genossenschaftlichem  
159 Wohnen. Genossenschaften sowie städtische Wohnungsunternehmen ermöglichen den  
160 Bewohner\*innen eine aktive Teilhabe am Wohnprojekt und bieten langfristige  
161 Sicherheit sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir unterstützen die Gründung und  
162 den Ausbau von genossenschaftlichen Wohnprojekten, um eine breite Vielfalt an  
163 Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

164 Neben diesen genannten alternativen Wohnformen ist es uns ein Anliegen,  
165 bestehende Leerstände und Brachflächen zu nutzen und umzufunktionieren. Durch  
166 die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden oder die Konversion von Industrie- und  
167 Gewerbegebieten können wir wertvollen Wohnraum schaffen und gleichzeitig die  
168 Nachverdichtung bei gleichzeitiger ökologischer Aufwertung in bereits bebauten  
169 Gebieten reduzieren.

## 170 2.5 Soziale Quartiersplanung der Kommunen

171 Im Kontext der Raumplanung legen wir großen Wert auf soziale Aspekte. Unser Ziel  
172 ist es, lebenswerte und inklusive Gemeinden zu schaffen, in denen sich alle  
173 Menschen willkommen und wohlfühlen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere die  
174 Bedürfnisse von benachteiligten Gruppen und setzen uns für soziale Gerechtigkeit  
175 ein.

176  
177 Bei der Planung neuer und Umgestaltung bestehender Wohngebiete achten wir auf  
178 eine ganzheitliche Quartiers- bzw. Bebauungsplanentwicklung sowie auf eine  
179 Bürger\*innenbeteiligung, die so viele Menschen wie möglich erreicht. Denn  
180 Raumplanung für eine gute Zukunft muss die Bedürfnisse aller Menschen  
181 berücksichtigen. Sie soll dazu führen, dass sich Menschen unterschiedlicher  
182 Generationen und Herkünfte leichter begegnen können. Dazu gehört eine möglichst  
183 barrierefreie Planung von Geh- und Radwegen sowie Straßen und öffentliche  
184 Gebäude.

185  
186 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung von sozialen Initiativen und  
187 Vereinen. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement und setzen uns dafür ein,  
188 dass Bürger\*innen die Möglichkeit haben, aktiv am gesellschaftlichen Leben  
189 teilzunehmen und sich einzubringen. Dies stärkt den sozialen Zusammenhalt in  
190 unseren Gemeinden und fördert das Miteinander.

191  
192 Neben Wohnraum berücksichtigen wir die Schaffung von sozialen Infrastrukturen  
193 wie Kindergärten, Schulen, Nahversorgungsmöglichkeiten, Gesundheitseinrichtungen  
194 und Grünflächen.

195  
196 Darüber hinaus sollten neue Quartiere nur dort geschaffen werden, wo bereits  
197 oder in naher Zukunft Öffentlicher Verkehr eine klimaschonende Mobilität  
198 ermöglicht.

199 Wir setzen uns für die Förderung von sozialen Angeboten und Dienstleistungen  
200 ein. Wir möchten sicherstellen, dass unsere Gemeinden über eine vielfältige  
201 soziale Infrastruktur verfügen, die den Bedürfnissen der Bewohner\*innen gerecht  
202 wird. Dazu zählen unter anderem Angebote im Bereich der Kinderbetreuung, der  
203 Jugend- und Seniorenarbeit, der Integration von Migrant\*innen sowie der  
204 Unterstützung von benachteiligten Gruppen.

## 205 3 Klimaschutz

### 206 3.1 Flächen ausweisen – vom Bebauungsplan zur Regionalen 207 Planungsgemeinschaft

208 Um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, ist es wichtig, geeignete  
209 Flächen für deren Nutzung auszuweisen. Hierbei setzen wir uns für das Netto-0-  
210 Flächenziel ein, um Versiegelung und Landschaftsverbrauch zu minimieren.

211 Statt einer zersiedelten Bebauung streben wir eine gezielte Flächennutzung an,  
212 die den Anforderungen des Regionalen Entwicklungsplans (REP) entspricht. Durch  
213 eine konsequente Umsetzung des REP können wir Flächen für erneuerbare Energien  
214 ausweisen, ohne dabei wertvolle landwirtschaftliche oder natürliche Flächen

215 unnötig zu beeinträchtigen. Dafür bieten sich auch besonders vertikale  
216 Photovoltaik-Anlagen an.

217 Wir wollen die Umwandlung von Flächen für den Bau von Photovoltaik-Anlagen,  
218 Windparks und anderen erneuerbaren Energieprojekten vorantreiben. Hierbei achten  
219 wir darauf, dass die Planung und Umsetzung im Einklang mit ökologischen und  
220 landschaftsplanerischen Aspekten steht. Naturschutzgebiete und ökologisch  
221 sensible Gebiete sollen dabei geschützt und nicht beeinträchtigt werden. Dafür  
222 sollten die Kommunen auch Solarkataster erstellen lassen.

223 Durch die große Wirtschaftlichkeit von Freiflächenphotovoltaik, zu der auch  
224 Agri-PV zählt, gibt es auch eine große Nachfrage nach Acker- und  
225 Grünlandflächen. Wir werden deshalb in den Gemeinden initiieren, dass dort  
226 gemeindliche PV-Konzepte mit Positiv- und Ausschlusskriterien für den Standort  
227 und projektbezogene Bedingungen erarbeitet und vorhabensbezogen als  
228 Voraussetzung für den B-Plan angewendet werden.

229 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass eine dezentrale Energieerzeugung gefördert  
230 wird. Durch die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien in der Nähe von  
231 Siedlungsgebieten können kurze Transportwege und eine effiziente Nutzung der  
232 erzeugten Energie gewährleistet werden. Dies stärkt auch die regionale  
233 Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

234 Wie befürworten deshalb Windparks, Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie Agri-  
235 Photovoltaikanlagen in den Kommunen Sachsen-Anhalts. Dabei sollten jedoch die  
236 Kommunen vor Ort finanziell beteiligt werden sowie hohe ökologische Standards  
237 gelten, die über die Eingriffs- und Ausgleichsflächen hinausgehen. Dafür sollten  
238 die Kommunen sowie die Regionalen Planungsgemeinschaften verstärkt geeignete  
239 Flächen in Verbindung mit verbindlichen Kriterien ausweisen.

240 Der Bund hat mit dem Klimaanpassungsgesetz eine Vorlage geleistet, auf deren  
241 Grundlage wir uns für eine kommunale Klimaanpassungsstrategie inkl.  
242 Hitzeschutzplan einsetzen. Dieser muss in der Stadtplanung konsequent  
243 berücksichtigt werden.

### 244 3.2 finanzielle Beteiligung der Kommunen an EE-Projekten

245 Die finanzielle Beteiligung der Kommunen an erneuerbaren Energieprojekten ist  
246 ein wesentlicher Aspekt, um den Ausbau nachhaltiger Energiequellen  
247 voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen die Möglichkeit  
248 erhalten, sich aktiv an solchen Projekten zu beteiligen und dadurch sowohl  
249 ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erlangen. Insbesondere sorgen wir  
250 dafür, dass kommunale Energieunternehmen wie die Stadtwerke aktiv die  
251 Energiewende vor Ort vorantreiben, durch eigene Erzeugung regenerativer Energien  
252 sowie durch Beratungsangebote für die Bevölkerung. Wir sorgen dafür, dass die  
253 Stadtwerke in kommunaler Hand bleiben.

254 Durch finanzielle Beteiligungen können Kommunen direkte Mitbestimmung und  
255 Kontrolle über die Entwicklung und Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten  
256 erlangen. Dies ermöglicht es ihnen, die Energiewende auf lokaler Ebene  
257 mitzugestalten und die Nutzung erneuerbarer Energien in ihrer Gemeinde  
258 voranzutreiben. Dabei kann es sich beispielsweise um Investitionen in Solar-  
259 oder Windenergieanlagen handeln, bei denen die Kommunen selbst als  
260 Teilhaber\*innen auftreten.

261 Darüber hinaus ermöglicht die finanzielle Beteiligung der Kommunen an  
262 erneuerbaren Energieprojekten eine langfristige Einnahmequelle. Durch die  
263 Erzeugung und den Verkauf von sauberem Strom können die Kommunen ihre  
264 finanzielle Unabhängigkeit stärken und Mittel für weitere nachhaltige Projekte  
265 generieren. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, die Gewinne in die Förderung von  
266 Energieeffizienzmaßnahmen, die Unterstützung von sozialen Projekten oder die  
267 Verbesserung der Infrastruktur zu investieren.

268 Auch Bürger\*innenstrom sollte stärker in den Fokus genommen werden. Durch die  
269 günstige Direktvermarktung an Anlieger\*innen können die Akzeptanz aber auch der  
270 günstige Strom- und Wärmebezug für die Bürger\*innen geschaffen werden.

271 Unser Ziel ist es, den Kommunen die finanzielle Beteiligung an erneuerbaren  
272 Energieprojekten zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, ihre  
273 Energiewendeziele zu erreichen. Wir möchten die Vorteile der erneuerbaren  
274 Energien in den Gemeinden stärken und gleichzeitig die finanzielle Stabilität  
275 und Nachhaltigkeit der Kommunen fördern. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen  
276 Kommunen, Energieversorgern und Bürger\*innen können wir eine erfolgreiche  
277 Energiewende auf lokaler Ebene erreichen.

278 Wir treiben die Wärmewende in den Kommunen aktiv voran. Vor allem in  
279 geschlossenen Denkmalbeständen wird der Fernwärmenutzung eine zentrale Bedeutung  
280 zukommen müssen. Wir unterstützen unsere Stadtwerke beim Ausbau entsprechender  
281 Fernwärmenetze. Die kommunale Wärmeplanung muss auch Möglichkeiten zur Nutzung  
282 oberer Grundwasserschichten zur Wärmeerzeugung mit den besonders effizienten  
283 Wasser-Wasser-Wärmepumpen in Betracht ziehen, hierfür die nötigen geologischen  
284 Informationen erarbeiten, öffentlich bereitstellen und Hauseigentümer\*innen  
285 entsprechende Beratungsangebote machen.

286 Wir setzen uns für Erleichterungen für Balkonkraftwerke (Steckersolargeräte)  
287 ein. Dazu gehört neben der Sensibilisierung der Vermieter\*innen ein kommunales  
288 Förderprogramm.

### 289 3.3 Flächenentsiegelung

290 Wir setzen uns dafür ein, die Flächenversiegelung zu reduzieren und den Prozess  
291 der Flächenentsiegelung voranzutreiben. Dies ist ein wichtiges Anliegen im  
292 Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Kommunenentwicklung.

293 Um die Flächenversiegelung zu reduzieren, fördern wir eine  
294 verantwortungsbewusste und vorausschauende Stadt- und Gemeindeplanung. Dabei  
295 liegt der Fokus auf einer nachhaltigen Nutzung bereits versiegelter Flächen und  
296 der Vermeidung von weiterer Versiegelung. Wir möchten Brachflächen  
297 revitalisieren und vorhandene versiegelte Flächen sinnvoll nutzen, um den  
298 Flächenverbrauch zu minimieren.

299 Gleichzeitig setzen wir uns für die Flächenentsiegelung ein, indem wir  
300 versiegelte Flächen zurückgewinnen und in natürliche oder durchlässige  
301 Oberflächen umwandeln. Dies trägt zur Verbesserung des Wasserhaushalts, zur  
302 Förderung der Biodiversität und zur Schaffung von Grünflächen bei. Dabei ist uns  
303 die enge Zusammenarbeit mit Bürger\*innen, lokalen Organisationen und  
304 Expert\*innen wichtig, um die Akzeptanz und Unterstützung für diese Maßnahmen zu  
305 gewährleisten.

---

## 306 4 Mobilität

### 307 4.1 Öffentlicher Personennahverkehr

308 Ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik ist die Weiterentwicklung des  
309 Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Sachsen-Anhalt. Wir sind uns bewusst,  
310 dass es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen gibt und setzen  
311 uns dafür ein, diese zu überwinden und ein gut ausgebautes und attraktives  
312 öffentliches Verkehrsnetz in allen Regionen zu schaffen.

313 In den ländlichen Räumen möchten wir den ÖPNV so gestalten, dass er den  
314 Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Das bedeutet eine Stundentaktung der  
315 Bus- und Bahnverbindungen, um eine zuverlässige und regelmäßige Anbindung an die  
316 umliegenden Gemeinden und Städte zu gewährleisten. Wir setzen uns für flexible  
317 Konzepte sowie Konzepte nach Nachfrage (On-Demand) wie Rufbusse und Bürgerbusse  
318 ein, um auch abgelegene Gebiete anzubinden und Mobilität für alle Bürger\*innen  
319 sicherzustellen. Zudem möchten wir innovative Lösungen wie Elektrobusse,  
320 autonome Kleinbusse und alternative Antriebstechnologien fördern, um die  
321 ländlichen Räume umweltfreundlicher zu gestalten. Ebenso braucht es abgestimmte  
322 Takte mit den Bahnverbindungen sowie auch landkreis- und  
323 bundeslandübergreifenden Verbindungen.

324 In städtischen Gebieten legen wir besonderen Wert auf ein gut ausgebautes und  
325 attraktives öffentliches Verkehrsnetz. Dazu gehört eine hohe Taktung der Bus-  
326 und Bahnverbindungen, um kurze Wartezeiten und eine effiziente Mobilität zu  
327 gewährleisten. Wir möchten den Einsatz von emissionsarmen und barrierefreien  
328 Fahrzeugen vorantreiben, um die Luftqualität zu verbessern und allen Menschen  
329 eine uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Zudem wollen wir die  
330 Infrastruktur des ÖPNV ausbauen, indem wir neue Haltestellen, Linien und  
331 Verbindungen schaffen, den Ausbau von Fahrradabstellplätzen an den Haltestellen  
332 fördern und moderne digitale Informations- und Ticketing-Systeme einführen.

333 Dafür braucht es auch geeignete und attraktive Schnittstellen zwischen ÖPNV und  
334 Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Es müssen die regionalen und lokalen Busse im  
335 integralen Taktfahrplan mit den entsprechenden Eisenbahnen abgestimmt werden.  
336 Öffentlicher Personennahverkehr sollte deutlich mehr als Schüler\*innenverkehr  
337 sein.

338 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, den ÖPNV mit anderen Verkehrsmitteln wie  
339 dem Fahrrad, dem E-Scooter oder dem Carsharing zu vernetzen. Die Mitnahme von  
340 Fahrrädern, Kinderwagen und Rollstühlen soll in allen öffentlichen  
341 Verkehrsmitteln gewährleistet sein. An Umstiegspunkten braucht es Verleih- und -  
342 parksysteme, die direkt an den Haltestellen vorangetrieben werden. Dadurch  
343 sollen umweltfreundliche Mobilitätsalternativen gefördert und der Umstieg auf  
344 den ÖPNV erleichtert werden.

345 Unser Ziel ist es, den ÖPNV in Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven,  
346 zuverlässigen, sicheren und umweltfreundlichen Verkehrssystem auszubauen, das  
347 den Bedürfnissen der Menschen in ländlichen und städtischen Räumen gleichermaßen  
348 gerecht wird. Wir möchten eine nachhaltige Mobilität fördern, die die  
349 Verkehrsdichte reduziert, die Umwelt schützt und allen Bürger\*innen eine  
350 komfortable und erschwingliche Fortbewegung ermöglicht.



351 Die Finanzierung des ÖPNV insgesamt muss zukünftig anders gestaltet werden. Das  
352 Deutschlandticket aber auch die Herausforderungen in den ländlichen Räumen  
353 verlangen eine Anpassung der Finanzierungsstruktur. Die Gemeinden brauchen mehr  
354 Geld für ihren regionalen ÖPNV vom Kreis und Land. Um die fachliche Kompetenz in  
355 den Kommunen in Bezug auf den ÖPNV zu steigern, braucht es  
356 Mobilitätsmanager\*innen in den Kreisen. Sie sollen den Umweltverbund - also das  
357 Zufußgehen, das Radfahren und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs -  
358 voranbringen. Sie sollen Fördermittel akquirieren und die Zuständigkeit für  
359 Kommunale Radverkehrspläne sowie Fußwegepläne verantworten. Als vermittelnde  
360 Kompetenzschnittstelle sollen sie zudem zwischen Aufgabenträger, NASA und  
361 Landespolitik vermitteln, sowie die interkommunale Abstimmung von  
362 Mobilitätsangeboten vorantreiben.

## 363 4.2 Radverkehr

364 Unsere Idee für eine bessere Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden ist  
365 es, mehr und bessere Wege für Fahrradfahrer\*innen zu schaffen. Das bedeutet,  
366 dass wir sichere und gut ausgebaute Radwege brauchen, die zwischen den  
367 verschiedenen Orten verbunden sind. Diese Radwege sollen so gestaltet sein, dass  
368 sie für alle Menschen leicht zugänglich und angenehm zu befahren sind.

369 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die Radwege regelmäßig gepflegt und  
370 instandgehalten werden. So können wir sicherstellen, dass sie immer in einem  
371 guten Zustand sind und keine Gefahr für Fahrradfahrer\*innen darstellen. Dazu  
372 gehört auch, dass im Winter der Schnee geräumt wird, um die Sicherheit zu  
373 gewährleisten.

374 Außerdem möchten wir die Anzahl der Radwege erhöhen. Das bedeutet, dass wir neue  
375 Radwege an wichtigen Straßen, in Wohngebieten, Gewerbegebieten und touristischen  
376 Gebieten bauen möchten. So wird es einfacher und sicherer, mit dem Fahrrad zu  
377 fahren, egal wo man hinmöchte. Dafür braucht es auch mehr Fachpersonal, wie  
378 Fachplaner\*innen oder Rad- bzw. Mobilitätsbeauftragte, in den entsprechenden  
379 Verwaltungseinheiten.

380 Wir wollen die positiven Seiten des Fahrradfahrens hervorheben und allen  
381 Menschen zeigen, dass es viele Vorteile hat. Zum Beispiel ist es gut für die  
382 Gesundheit, hilft dabei, die Umwelt zu schützen und entlastet den Verkehr. Wir  
383 möchten, dass Fahrradfahren als eine attraktive und umweltfreundliche  
384 Möglichkeit der Fortbewegung gesehen wird. Dafür sollen die Kommunen auch enger  
385 mit der Verkehrswacht, dem ADFC, der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher  
386 Kommunen sowie der Aktion Stadtradeln zusammenarbeiten.

387 Um der Besonderheit in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen, wo Mobilität häufig  
388 nur über PKW sichergestellt werden kann, setzen wir uns für die Schaffung von  
389 Park & Ride-Parkplätzen – in Kombination mit Ladesäulen für E-Fahrräder und -PKW  
390 an Bahnhöfen ein. Dafür braucht es mehr Förderprogramme, insbesondere für die  
391 ländlichen Räume und mit niedrigen Eigenanteilquoten.

## 392 4.3 Fußverkehr und Barrierefreiheit

393 Wir setzen uns für eine fußgängerfreundliche Gestaltung unserer Städte und  
394 Gemeinden sowie die Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Der  
395 Fußverkehr spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige und lebenswerte

396 Mobilität. Daher ist es unser Ziel, die Bedingungen für Fußgänger\*innen zu  
397 verbessern und ihnen sichere und attraktive Wege zu ermöglichen.

398 Ein wichtiger Aspekt ist die Sicherheit im Straßenverkehr. Wir möchten Maßnahmen  
399 ergreifen, um das Unfallrisiko für Fußgänger\*innen zu reduzieren. Dazu gehören  
400 beispielsweise die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche mit  
401 Schrittgeschwindigkeit, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an gefährlichen  
402 Straßenabschnitten, die Verbesserung der Sichtbarkeit durch ausreichende aber  
403 effiziente und dimmbare, sensorgesteuerte Beleuchtung sowie die Umgestaltung  
404 von Kreuzungen und Einmündungen sowie die Trennung von Fuß- und Radwegen, um  
405 Konfliktsituationen zu minimieren.

406 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, die Erreichbarkeit von Orten für alle  
407 Menschen zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine barrierefreie Gestaltung des  
408 öffentlichen Raums ein, die es Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und  
409 jungen Familien ermöglicht, sich uneingeschränkt und selbstständig in der Stadt  
410 zu bewegen. Dazu gehört der Abbau von Hindernissen wie Treppenstufen, unebenen  
411 Gehwegen, nicht-barrierefreien Haltestellen und Bahnhöfen sowie engen  
412 Durchgängen. Wir möchten den Ausbau von barrierefreien Rampen, Aufzügen und  
413 taktilen Leitsystemen vorantreiben, um allen Menschen eine barrierefreie  
414 Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

415 Auch die Bereitstellung von ausreichenden und gemütlichen Sitzgelegenheiten,  
416 schattenspendenden Bäumen und öffentlichen Toiletten ist uns ein Anliegen, um  
417 den Komfort und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger\*innen zu verbessern. Zudem  
418 setzen wir uns für eine ansprechende Gestaltung des Fußwegenetzes ein, um den  
419 Fußverkehr zu fördern und attraktiv zu gestalten. Dazu gehören breite Gehwege,  
420 ansprechende Gestaltungselemente wie Bepflanzungen und Kunstwerke sowie eine  
421 gute Beschilderung, um die Orientierung zu erleichtern.

422 Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer  
423 Mobilität oder ihrer körperlichen Verfassung, sich sicher und bequem zu Fuß  
424 bewegen können. Eine barrierefreie und zugängliche Stadt ist nicht nur ein  
425 Gewinn für die Lebensqualität, sondern auch ein Ausdruck von sozialer  
426 Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

#### 427 4.4 Motorisierter Individualverkehr

428 Eine zentrale Herausforderung im Bereich Verkehr ist der motorisierte  
429 Individualverkehr. Wir sind uns bewusst, dass das Auto für viele Menschen ein  
430 wichtiges Fortbewegungsmittel ist, aber gleichzeitig wollen wir eine ökologisch  
431 nachhaltige Verkehrsentwicklung fördern und den Einsatz von umweltfreundlichen  
432 Alternativen unterstützen.

433 Um den Umstieg auf klimafreundlichere Mobilitätsformen zu erleichtern, setzen  
434 wir uns für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ein. Wir  
435 wollen sicherstellen, dass es ausreichend Ladestationen in unseren Städten und  
436 Gemeinden gibt, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Dadurch  
437 möchten wir Anreize schaffen, auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umzusteigen  
438 und somit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren.

439 Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Förderung des Carsharings – in  
440 Stadt und Land ein. Carsharing ermöglicht es mehreren Personen, sich ein  
441 Fahrzeug zu teilen, ein z. B. Elektrofahrzeug auszuprobieren und reduziert die

442 Anzahl der benötigten Autos auf den Straßen und in den Quartieren. Wir möchten  
443 den Ausbau von Car-Sharing- und Dorfauto Initiativen insbesondere in ländlichen  
444 Räumen und auf Basis von Elektrofahrzeugen vorantreiben und die  
445 Rahmenbedingungen für eine effiziente und nachhaltige Nutzung von geteilten  
446 Fahrzeugen verbessern – dazu gehört auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur  
447 sowie die Umwidmung weiterer Parkplätze für das Carsharing.

448 Wir wollen die Verkehrssicherheit in unseren Kommunen verbessern und den  
449 Verkehrsfluss optimieren. Deshalb sollten sich alle Kommunen in Sachsen-Anhalt  
450 der Initiative Lebenswerte Städte anschließen. Die Initiative setzt sich  
451 gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden  
452 dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet,  
453 flexibel und ortsbezogen. Der Schritt in mehr Bereiche mit Tempo 30 sowie  
454 verkehrsberuhigte Bereiche sollte stärker vorangetrieben werden.

## 455 5 Bildung

### 456 5.1 Gebäudestrukturen

457 Ein besonderer Fokus liegt auf der Gestaltung und Modernisierung der  
458 Gebäudestrukturen in unseren Bildungseinrichtungen. Wir möchten sichere, moderne  
459 und inspirierende Lernumgebungen schaffen, die den Anforderungen einer  
460 zeitgemäßen Bildung gerecht werden.

461 Unser Ziel ist es, die Infrastruktur unserer Schulen, Kindergärten und anderen  
462 Bildungseinrichtungen kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört die Sanierung  
463 von Schul- und Kitagebäuden, um optimale Lernbedingungen zu schaffen. Wir  
464 fordern die Erhaltung der Schule, insbesondere der Grundschule auch in  
465 ländlichen Räumen vor Ort. Wir setzen uns für eine kindgerechte Gestaltung der  
466 Räumlichkeiten ein, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht  
467 und Raum für kreatives Denken und Lernen bietet. Liegenschaften im Eigentum der  
468 öffentlichen Hand müssen Vorbildfunktion bezüglich Energieeffizienz, der Nutzung  
469 regenerativer Energien und umweltgerechter Materialien haben. Dies gilt  
470 insbesondere für Schulen und Kindertagesstätten, die von ihren kommunalen  
471 Trägern so ausgestattet werden sollen, dass dort Ernährungs- und Umweltbildung  
472 stattfinden kann, etwa mit Schulküchen und -gärten.

473 In ländlichen Räumen setzen wir uns für die Umwandlung kommunaler Dorffirmobilien  
474 in Multifunktionshäuser ein, die als Begegnungsstätte von Jung und Alt, aber  
475 auch Raum für mobile Dienstleistungen, wie z.B. Physiotherapie, Fußpflege,  
476 Friseur und Telemedizin bieten sollen.

### 477 478 5.2 Schulsozialarbeit

479  
480 Schulsozialarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zu Schulerfolg.  
481 Schulsozialarbeiter:innen gestalten den Lern- und Lebensort Schule, unterstützen  
482 bei kleinen Sorgen und großen Problemen, sind Ansprechpartner:innen für Kinder,  
483 Eltern und Lehrkräfte. Auf Landesebene setzen wir uns für ein dauerhaft  
484 finanziertes Landesprogramm ein, das an jeder Schule den Einsatz mindestens  
485 einer Schulsozialarbeiter:in ermöglicht. Unsere Kommunen sollen diesen Einsatz  
486 nicht nur finanziell mittragen, sondern auch steuern und an den besonderen

487 Bedarfen vor Ort ausrichten. Dabei ist uns besonders wichtig, dass  
488 Schulsozialarbeit nicht die offene Kinder- und Jugendarbeit ersetzt und deshalb  
489 auch nicht gegen Einrichtungen wie Jugendclubs oder Kinderangebote aufgerechnet  
490 werden darf. Wir sind uns der finanziellen Herausforderung für die Kommunen  
491 bewusst und setzen uns deshalb im Land für eine auskömmliche Finanzausstattung  
492 und Notfallhilfen ein.

### 493 5.3 Digitalisierung

494 Ein wichtiger Aspekt ist auch die digitale Ausstattung der  
495 Bildungseinrichtungen. Wir möchten sicherstellen, dass alle Schulen über eine  
496 moderne IT-Infrastruktur verfügen, um digitale Lernformate und Medienkompetenz  
497 zu fördern. Dazu gehören schnelles Internet, schulweites WLAN,  
498 Computerarbeitsplätze und interaktive Whiteboards. Wir möchten den Einsatz  
499 digitaler Medien sinnvoll in den Unterricht integrieren und gleichzeitig  
500 sicherstellen, dass Datenschutz und Privatsphäre gewahrt bleiben.

### 501 5.4 Inklusion

502 Gute Bildung schafft Chancen für alle Kinder. Gute Bildung ist inklusiv. Wir  
503 wollen die viel zu lange bestehende exklusive Bildungslandschaft in Sachsen-  
504 Anhalt überwinden. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, an Regelschulen zu  
505 lernen. Dafür müssen Schulen auch physisch Barrieren abbauen. Dazu gehören  
506 bauliche Maßnahmen wie barrierefreie Zugänge und Aufzüge, breite Türen und  
507 Beleuchtungskonzepte ebenso, wie die Berücksichtigung von inklusiven  
508 Lernkonzepten, das Vorhalten besonderer Materialien, Multiprofessionelle Teams an  
509 unseren Schulen und die Stärkung der Förderkompetenzen bei unseren Lehrkräften.

510 Unser Ziel ist es, Bildungseinrichtungen zu schaffen, die Raum für kreatives  
511 Denken, Lernen und soziale Interaktion bieten. Wir möchten optimale Bedingungen  
512 schaffen, damit alle Schüler\*innen ihr volles Potenzial entfalten können.

## 513 6. Kommunale Finanzen

514 Ein wichtiger Aspekt unserer kommunalen Politik betrifft die Finanzen unserer  
515 Städte und Gemeinden. Wir setzen uns dafür ein, transparente und partizipative  
516 Finanzstrukturen zu etablieren, die eine gerechte Verteilung der finanziellen  
517 Ressourcen gewährleisten und die Bedürfnisse der Bürger\*innen berücksichtigen.

518  
519 Ein Instrument, das wir zur Stärkung der Bürgerbeteiligung einsetzen wollen, ist  
520 der Bürger\*innenhaushalt. Hierbei sollen die Bürger\*innen direkt in den  
521 Entscheidungsprozess über die Verwendung der kommunalen Finanzen einbezogen  
522 werden. Durch partizipative Budgetverfahren können sie mitbestimmen, welche  
523 Projekte und Maßnahmen Vorrang haben sollen und wie die finanziellen Mittel am  
524 besten eingesetzt werden können.

525

526 Ein weiterer Schwerpunkt ist das Gender Budgeting. Wir möchten sicherstellen,  
527 dass geschlechtsspezifische Aspekte in den kommunalen Haushaltsplanungen  
528 berücksichtigt werden. Durch eine geschlechtergerechte Finanzpolitik wollen wir  
529 gleiche Chancen und Teilhabe für alle Bürger\*innen fördern und bestehende  
530 Geschlechterungleichheiten abbauen.

531

532 Die Förderung der kommunalen Wirtschaft und Wirtschaftsförderung ist ein  
533 weiterer Schwerpunkt. Wir setzen uns für eine nachhaltige und  
534 zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ein, die lokale Unternehmen stärkt und  
535 neue Arbeitsplätze schafft. Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit den Stadt- und  
536 Kreissparkassen als starke Partner in der Region besonders wichtig. Wir möchten  
537 eine enge Verbindung zwischen der lokalen Wirtschaft und dem Finanzsektor  
538 fördern, um die Wirtschaftsentwicklung vor Ort zu unterstützen. Wer regional  
539 investiert, stärkt auch die finanziellen Spielräume für unsere Kommunen, bspw.  
540 über die Gewerbesteuererinnahmen.

541

542 Die Tourismusförderung spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle in unseren  
543 kommunalen Finanzstrategien. Wir möchten unsere Städte und Gemeinden als  
544 attraktive Reiseziele positionieren und den Tourismus nachhaltig und  
545 verantwortungsbewusst fördern. Dabei ist es uns wichtig, die lokale  
546 Wertschöpfung zu stärken und die touristischen Angebote im Einklang mit  
547 ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten.

548

549 Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche  
550 Gelder nicht in Unternehmen investiert werden, die negative Auswirkungen auf  
551 Umwelt und Gesellschaft haben. Stattdessen möchten wir Investitionen in  
552 nachhaltige Projekte und Unternehmen fördern, die soziale Verantwortung  
553 übernehmen und einen positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Auch  
554 ökonomisch ist der Verzicht auf Investitionen in fossile Energien konsequent zu  
555 verfolgen. Schon heute wirken Fonds ohne veraltete fossile Geschäftsmodelle  
556 besser und mittelfristig wird das fossile Geschäftsmodell implodieren.

557

558 Die Kommunen stehen in der Verantwortung, u.a. EU-Fördermittel zur  
559 Mitfinanzierung eigener Projektideen zu generieren. Wir fordern daher die  
560 Landkreise und kreisfreien Städte auf, Fachstellen zur  
561 Unterstützung von europäischen Förderanträgen einzuberufen. Diese Fachstellen  
562 refinanzieren sich binnen kurzer Zeiträume, da sie Unternehmen, Verbänden und  
563 kommunalen Einrichtungen zu einem erfolgreichen Antrag von Fördermitteln helfen,  
564 ebendiese wurden in der Vergangenheit nicht genügend in Sachsen-Anhalt  
565 abgerufen.

## 566 **7. Soziale Kommunen als Basis für Gerechtigkeit** 567 **vor Ort**

568 Sozial gerechte und nachhaltige Kommunalpolitik erreicht und unterstützt alle  
569 Bürger\*innen in der Kommune. Das gilt besonders für diejenigen in persönlichen,  
570 sozialen, finanziellen und/oder gesundheitlichen Notlagen. Wir sind uns der  
571 finanziellen Herausforderung für unsere Kommunen bewusst, diese Pflichtaufgabe  
572 zu stemmen, aber sie ist ein Kernstück unserer sozialen Gesellschaft.  
573 Solidarität und öffentliche Verantwortung müssen besonders den Vulnerablen der  
574 Gesellschaft gelten, deshalb erfüllt uns das überall beobachtbare Abschmelzen  
575 dieser Pflichtaufgaben innerhalb des vorhandenen Ermessensspielraums mit Sorgen.  
576 Dies gilt vor allem mit Blick auf Schuldner\*innen, Sucht- und  
577 Gesundheitsberatungen und viele Teile der Jugendhilfe. Wir Bündnisgrüne sehen

578 diese Leistungen als gesellschaftliche und kommunale Pflichtaufgaben und räumen  
579 ihnen entsprechende Priorität ein.

580 Wie alle Menschen in Sachsen-Anhalt besorgt uns die immer schwieriger werdende  
581 Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen in  
582 regionalen Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte  
583 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Das kann und wird zukünftig nicht immer  
584 mit niedergelassenen Ärz:innen funktionieren. Mit einer neuen gesetzlichen  
585 Rahmenbedingungen auf Bundesebene bietet sich eine größere Flexibilität, um auch  
586 sektorenübergreifende Strukturen zu entwickeln. Wo Kliniken vor Ort sind, erst  
587 Recht solche in kommunaler Trägerschaft, können und sollen diese, zum Beispiel  
588 über MVZs oder integrierte Notfallpraxen eingebunden werden. Aber auch kommunale  
589 Gesundheitszentren, Gemeindeprixen mit rotierenden Sprechstunden,  
590 Pflegeambulanzen oder interprofessionelle Polikliniken können vor Ort gute  
591 Versorgung organisieren.

592 Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen die Kommunen in die Pflicht, Wohn-  
593 und Betreuungsformen zu erproben und zu gestalten, die Menschen jeden Alters ein  
594 gemeinsames Leben in den Kommunen erlaubt.

595 Die Budgetierung der kommunalen Leistungen im Sozialbereich, die nicht selten zu  
596 einer Unterversorgung führt, muss abgebaut werden. Gleichzeitig müssen  
597 Angebotsstrukturen, da wo es möglich ist, auch über kommunale Wirkungskreise  
598 hinaus interkommunal vernetzt werden.

599 Öffentliche Freizeitangebote müssen im Sinne der Teilhabestärkung für alle  
600 erreichbar und nutzbar sein.

601 Kommunale Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare  
602 Wohnmöglichkeiten für Senior\*innen und Familien vorhalten und neu schaffen.  
603 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden insbesondere darauf drängen, dass alle verfügbaren  
604 Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau abgerufen werden, dort wo ein Bedarf  
605 existiert und erkannt wurde. Eine Wohnung mit Stromversorgung und Heizung sind  
606 Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Stromsperren in  
607 allen Kommunen nur in Ausnahmefällen zulässig sind.

608 Gesundheitliches Wohlbefinden schließt ebenfalls den Teilbereich sexueller  
609 Gesundheit ein. Nach wie vor ist bei vielen Menschen das Unwissen über HIV/AIDS  
610 und andere sexuell übertragbare Infektionen, die Tabuisierung des Sprechens über  
611 Sexualität sowie die Stigmatisierung normabweichender sexueller Lebensweisen  
612 ausgeprägt. Hier gilt es mit einer lebensweltakzeptierenden Präventionsarbeit  
613 anzusetzen. Selbsthilfeinstitutionen und -projekte müssen finanziell gefördert  
614 und abgesichert werden. Hier gilt es die Arbeit der Beratungsstellen in den  
615 größeren Kommunen, auch mit Angeboten für die breite Fläche des Landes zu  
616 verknüpfen.

617 Für uns ist Zuwanderung ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Sachsen-Anhalt. Wir  
618 setzen daher auf die Integration von Migrant\*innen vor Ort. Die gelebte und  
619 vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Kommunen  
620 dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese Initiativen  
621 brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit, aber auch  
622 hauptamtliche Unterstützung inner- und außerhalb kommunaler Verwaltungen.  
623 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass Spracherwerb und die Chancen einer  
624 funktionierenden Nachbarschaft die Schlüssel zum Ankommen in unserer  
625 Gesellschaft sind. Sprach- und Integrationskurse müssen in ausreichender Zahl

626 angeboten werden und so gestaltet sein, dass auch besondere Zielgruppen wie  
627 Mütter oder Familien dafür erreichbar sind. Gemeinsame Begegnungsorte sind dabei  
628 von besonderer Bedeutung, nicht nur für die Integration, sondern auch für den  
629 grundsätzlichen Zusammenhalt in Stadt und Land.

## 630 **8. Kommunen in Bewegung bringen –** 631 **Sportlandschaft fördern**

632 Die Zivilgesellschaft und wesentliche Freizeitangebote werden durch Sportvereine  
633 getragen. Sie leisten eine wichtige Arbeit für den Zusammenhalt der  
634 Gesellschaft. Sie sind die zentralen Orte, ganz gleich, ob im Dorf oder in der  
635 Stadt, an denen Inklusion und Integration gelebt, gesellschaftlicher Zusammenhalt  
636 gestärkt und natürlich vor allem die körperliche Betätigung und Gesundheit  
637 gefördert werden. Ein breites Angebot an Sportmöglichkeiten und Bewegungsorten  
638 im öffentlichen Raum bietet eine attraktive Freizeitgestaltung und macht  
639 Gemeinden und Städte lebenswert.

640 Wir erleben im ganzen Land einen schleichenden Verfall öffentlicher  
641 Sportanlagen, in Teilen bis zur Schließung. Dieser Trend muss aufgehalten  
642 werden. Das werden Kommunen nicht alleine schaffen, können dabei aber  
643 unterstützen.

644 Der Vereinssport muss in der Perspektive der Kommunen mehr Aufmerksamkeit  
645 erhalten. Die Netzwerkarbeit mit Kitas und Schulen muss ausgebaut werden,  
646 insbesondere wenn der volle Kalender an Ganztagschulen ohnehin einschränkend  
647 für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen wirkt.

648 Sport findet nicht nur in Vereinsstrukturen, sondern auch im öffentlichen Raum  
649 statt. Ganz egal ob im Dorf oder in der Stadt, überall ist der Bedarf an  
650 öffentlich zugänglichem Raum für die individuelle sportliche Betätigung  
651 gewachsen. Sportanlagen müssen zunehmend geöffnet werden und  
652 generationsübergreifende Outdoor-Fitnessanlagen oder Leihsportgeräte eine  
653 stärkere Rolle in den Kommunen spielen.

## 654 **9. Kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten und** 655 **fördern – Europa in den Kommunen stärken**

656 Sachsen-Anhalt hat eine ausgeprägte Kulturlandschaft, die wir bewahren und  
657 fördern wollen. Kultureinrichtungen leisten eine essentielle Arbeit in diesem  
658 Land. Sie sind Orte der Bildung, Begegnung, Persönlichkeitsbildung und  
659 Selbstreflexion - sie können auch als Spiegel der Gesellschaft betrachtet  
660 werden, die sich künstlerisch  
661 mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Kultur ist dabei so  
662 vielfältig wie auch die Gesellschaft, aus der sie hervortritt. Diese  
663 verschiedenen Formen der Kultur gilt es dabei gleichberechtigt zu erhalten und  
664 fördern. Dazu gehören neben den Theatern und Museen auch Konzerte, Bibliotheken,  
665 Denkmäler, lokale Geschichte, Vereine und eine Clubkultur. Dazu gehören aber  
666 auch Freiräume, drinnen und draußen, wo Menschen bildende Kunst ausprobieren und  
667 ihre Stile & Techniken entwickeln können.

668 Kultur lebt von Teilhabe, die wir allen ermöglichen wollen und müssen. Kultur  
669 muss dabei auch sozial verträglich gestaltet werden, sodass alle Menschen,  
670 unabhängig ihrer Sozialisation oder finanziellen Möglichkeiten, die Chance haben  
671 an ihr teilzunehmen. Ticketpreise müssen so gestaltet werden, dass sie für alle  
672 Bürger\*innen erschwinglich sind. Dabei kann eine bessere Verfügbarkeit von  
673 Restkarten eine Rolle spielen. Die gestalterische Teilnahme an Kunst und Kultur  
674 soll genauso gefördert werden und Hemmnisse abgebaut werden, die die Teilhabe  
675 erschweren.

676 Verschiedene Räume haben unterschiedliche Bedürfnisse. Kultur ist nicht nur in  
677 den Großstädten Sachsen-Anhalts erlebbar, sondern auch in ländlichen Räumen. Wir  
678 setzen uns deshalb für bedarfsgerechte Angebote in ländlichen Räumen und in den  
679 Städten ein. Diese müssen gleichberechtigt gefördert werden. Uns ist bewusst,  
680 dass vor allem in ländlichen Räumen private Initiativen und Vereine die große  
681 Vielfalt des kulturellen Programms stützen.

682 Besonders in ländlichen Räumen wollen wir dabei kulturelle Veranstaltungen  
683 fördern, die privat organisiert werden. Die Förderung des ÖPNV spielt eine  
684 wichtige Rolle, um Kultur für alle, insbesondere alte, junge und Menschen mit  
685 Behinderung dabei auf ein gut ausgebautes Netz angewiesen, um sich selbstständig  
686 im Land bewegen zu können. Auch können innovative Projekte wie  
687 Bürger\*innendialoge oder Erzählcafés Teil einer ausgeprägten Kulturlandschaft  
688 sein.

689 Wir wollen kulturelle Institutionen vor Ort erhalten. Wir fordern, dass es keine  
690 Schließungen von Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt gibt. Die bereits  
691 bestehenden sollen dabei weiterhin gefördert werden und ausgebaut werden. Kultur  
692 ist ein hohes Gut, das nicht zu gering gewertschätzt werden kann. Die  
693 Kultureinrichtungen müssen niedrigschwellig für alle Bürger\*innen erreichbar und  
694 zugänglich sein. Wir unterstützen dabei alle Formen der kulturellen Beteiligung,  
695 die das Miteinander und die demokratische Kultur fördern.

696 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denken wir die Kommunal- und Europapolitik zusammen.  
697 Deshalb möchten wir unsere Städtepartnerschaften, die Frieden und Verständigung  
698 auf dem Kontinent fördern, ausbauen und verstetigen. Wir möchten das europäische  
699 Bewusstsein der Bevölkerung stärken und ihm Raum geben. Unsere Städte und  
700 Gemeinden schaffen dies auch mit aktiver Teilnahme an Europäischen Themenwochen  
701 wie zum Beispiel der Mobilitätswoche. Kommunale Azubis sollen die Möglichkeit  
702 erhalten, an Erasmus+-Programmen teilzunehmen. Dies steigert die Attraktivität  
703 der Ausbildungsberufe und die internationale Kompetenz unserer zukünftigen  
704 Fachkräfte.